

Zeitschrift:	Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	56 (1977)
Heft:	6
Artikel:	Die französischen Kommunisten : Veränderungen des Sprachgebrauchs oder des Wesens?
Autor:	Brügel, J.W.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339342

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die französischen Kommunisten: Veränderung des Sprachgebrauchs oder des Wesens?

Die letzte Entwicklung in Frankreich hat die Erringung einer parlamentarischen Mehrheit bei den 1978 fälligen Wahlen durch die – zumindest auf dem Papier – verbündeten Oppositionsparteien der Sozialisten, Kommunisten und «linken Radikalen» (der «gutbürgerliche» Deckmantel für eine von den Gegnern als «bolschewistisch» verleumdeten Koalition) von einer Möglichkeit zu einer Wahrscheinlichkeit gemacht. Darum erscheint es angebracht, so viel als möglich an Tatsachen zusammenzutragen, die eine Beurteilung der französischen Situation erleichtern, die sich im Endeffekt auf die freilich kaum mit ja oder nein zu beantwortende Frage reduziert, inwieweit man der Wandlung der französischen Kommunisten von einer stalinistischen Partei zu einer sich als im Rahmen eines Mehrparteiensystems funktionierenden Linkspartei gebenden trauen kann.

De Gaulle Vater des Linksblocks von 1972

Es ist kein Geheimnis, dass das «Gemeinsame Programm» von 1972, das die französischen Sozialisten und die linken Radikalen mit den Kommunisten verbindet, bei den europäischen Mitgliedsparteien der Sozialistische Internationale, die jede wie immer geartete politische oder taktische Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnen, ein gewisses Unbehagen ausgelöst hat, auch wenn man offene Kritik vermied. Dazu muss man sich aber ins Gedächtnis rufen, dass die Bildung eines Linksblocks nicht ein die Gefahren einer Verbindung mit Kommunisten übersehender Einfall von François Mitterrand war, der die Parteiführung 1971 übernahm, sondern dass der Gedanke auch von seinen Vorgängern im Amt, Guy Mollet (Generalsekretär von 1946 bis 1968) und Alain Savary (1969 bis 1971), verfolgt worden war – keineswegs aus irgendeiner von Illusionen über die Kommunisten im allgemeinen und die französischen im besonderen diktirten Einstellung (die speziell Mollet niemand nachgesagt hätte), sondern als Folge der von de Gaulle zum Schutz der eigenen Position geschaffenen Wahlordnung. Sie zwang die Opposition, wenn sie bei Wahlen die Regierung stürzen wollte, zum Zusammenschluss zu einem Block, der allein imstande gewesen wäre, die Kandidaten des gaullistischen Blocks (im weiteren Sinne des Wortes) zu einer Minderheitsstellung zu verurteilen. Ein solcher Zusammenschluss kam vor allem deshalb vor 1972 nicht zustande, weil die Kommunisten, die das natürlich öffentlich nicht zugaben, in der Amtszeit de Gaulles (bis 1969) eher daran interessiert waren, das durch seinen Namen gekennzeichnete Regime im Amt zu halten, als es zu verdrängen. De Gaulles

antiamerikanische Einstellung, seine Weigerung, die Europäische Gemeinschaft durch die Aufnahme Grossbritanniens zu stärken und der von ihm vorgenommene Abzug des französischen Kontingents aus dem NATO-Bereich, lagen ganz im Interesse der französischen Kommunisten, die genau wussten, dass sie niemals selbst die Geschicke der französischen Aussenpolitik direkt in die Hand bekommen werden. Mit dem Ausscheiden erst de Gaulles und dann Pompidous hat sich viel geändert, aber die Wahlordnung ist die gleiche geblieben.

So kam nach äusserst schwierigen Verhandlungen im Juni 1972 das «Programme commun» zustande, und auch das war nur möglich, indem man in strittigen Dingen dem Kern der Sache ausweichende Formulierungen wählte oder ihnen überhaupt auswich. Die französischen Sozialisten sind Vorkämpfer der europäischen Integration, wie sie im Vertrag von Rom begründet wurde. Die Kommunisten sahen sich gezwungen, ihren grundsätzlichen Widerstand gegen sie aufzugeben und sich mit dem gegen ihren Widerstand geschaffenen Zustand abzufinden. Aber direkte Wahlen ins europäische Parlament, auf die die Sozialisten dringen (Mitterrand hat schon seine Absicht bekundet, zu kandidieren), sind ihnen ein Greuel. Darum beschränkt sich das «Gemeinsame Programm» auf eine Erklärung der Bereitschaft der Partner zur Mitarbeit in den EG-Institutionen, «um sie von der Beherrschung durch das Grosskapital zu befreien». Im Bereich der Nationalisierung hatte man sich zwar 1972 auf die Überführung bestimmter Banken und Betriebe in die öffentliche Hand geeinigt, nicht aber über die Form ihrer Verwaltung, da die Sozialisten der Belegschaft der Betriebe einen Anteil geben wollen, während die machtpolitisch-zentralistisch denkenden Kommunisten das abgelehnt haben (inzwischen haben sie hier eine gewisse Bereitschaft zum Nachgeben angedeutet).

Den Sozialisten eilt es nicht mit der Programmrevision

Angesichts der herannahenden Parlamentswahlen von 1978 haben die Kommunisten das Problem der Modernisierung des Programms von 1972 aufgeworfen. Sie hatten sich vorgestellt, dass sie ihre Stärke bewahren und die Sozialisten der schwächere Partner in der Kombination bleiben werden, denen mehr die Funktion eines einwandfrei demokratischen Aushängeschild als die einer politischen Kraft zukäme. Damit hatten sie sich gründlich geirrt. Die Sozialisten hatten sich nicht nur die völlige politische Unabhängigkeit bewahrt – Mitterrand hat sich wegen seines Eintretens für die sowjetischen Juden und wegen der Verbreitung der Wahrheit über die 1968 der Tschechoslowakei gewährte «brüderliche Hilfe» der Sowjetunion wiederholt den Zorn Moskaus zugezogen –, sondern, was am wenigsten erwartet worden war, auf Kosten der Kommunisten ihre Stellung so gefestigt, dass sie heute mit einem geschätzten Anhang von 30 Prozent der Wählerschaft – den Kommunisten werden 18 Prozent zu-

gebilligt –, so wie in den Tagen Léon Blums in der Vorkriegszeit, die stärkste politische Partei Frankreichs darstellen. Ohne den Weiterbestand des Linksblocks in Frage zu stellen, dessen Existenz sowohl Sozialisten wie auch Kommunisten grosse Erfolge bei den letzten Gemeindewahlen brachte, haben sie keinen Eifer in bezug auf Intensivierung der sehr lockeren Zusammenarbeit im Block an den Tag gelegt. Mitterrand hat erst auf eine dringliche direkte Aufforderung des Generalsekretärs der KP, Georges Marchais, reagiert, eine gemeinsame Tagung zwecks Aktualisierung des Gemeinsamen Programms einzuberufen.

Da ist es wieder sehr bezeichnend, wie er reagiert hat. Das an ihn am 1. April gerichtete Schreiben von Marchais beantwortete er am 8. April in einer Weise, die erkennen liess, dass er in der Sache im Gegensatz zu den Kommunisten keine Eile habe. Ja, die Vertreter der drei den Linksblock bildenden Parteien sollten sich zu einer Beratung zusammensetzen – Ende April oder Anfang Mai, wie es dem Partner am besten passt. Manche Forderungen des Gemeinsamen Programms seien inzwischen durchgesetzt worden. Für die Aktualisierung des Programms führte Mitterrand einige Forderungen der Sozialistischen Partei an, von denen einzelne bei dem kommunistischen Partner nicht auf Widerstand stossen dürften. Vielleicht wird er auch keine Einwendung gegen Mitterrands Forderung nach genauer und überwachter Durchführung der Beschlüsse von Helsinki in bezug auf den freien Austausch von Personen und Gedanken erheben. Hingegen haben die Kommunisten am gleichen Tag bekanntgegeben, das sozialistische Drängen nach direkten Wahlen ins Europäische Parlament sei unannehmbar. Vermieden wurde eine Reaktion auf das Verlangen in Mitterrands Brief nach Unterstützung der Aufnahme Portugals in die Europäische Gemeinschaft – die Kommunisten können nicht öffentlich zugeben, dass ihnen die dadurch herbeigeführte Stärkung des demokratisch-sozialistischen Einflusses in der EG gegen den Strich geht. Im Sektor der Wirtschaft hatte Mitterrand vorgeschlagen, ausser den 1972 vorgesehenen Nationalisierungen der öffentlichen Hand in gewissen Betrieben (zum Beispiel in den Automobilwerken Peugeot und Citroën), durch «Participation» die entscheidende Stellung zu geben. Mitterrand liess es sich angelegen sein, den sozialistischen Standpunkt zum Nationalisierungsproblem genau zu präzisieren:

«Allgemein gesprochen, sind wir der Meinung, dass das Prinzip der Nationalisierung nicht von seinem demokratischen Inhalt getrennt werden kann, den wir Sozialisten in der Perspektive der Selbstverwaltung («autogestion») erblicken, um jede Form der Etablierung und jedes Risiko der Bürokratisierung zu vermeiden.»

Bevor wir auf die sehr interessante Antwort, die Marchais auf einer Pressekonferenz auf die Vorschläge Mitterrands gegeben bzw. nicht gegeben hat, eingehen, sei ein wichtiges und von der französischen Linken

heftig diskutierte neues Buch dreier kommunistischer Ideologen über das vorher nie behandelte Thema des Verhältnisses der Kommunisten zum Staat erwähnt. («Les Communistes et l'Etat», par Jean Fabre, François Hincker et Lucien Sève, Editions sociales, Paris, 1977.) Die drei Autoren – je ein Historiker, ein Nationalökonom und ein Philosoph – kommen zu Schlussfolgerungen, die vom bisherigen Parteistandpunkt aus gesehen ketzerisch sind, auch wenn sie das hinter der Formel zu verstecken suchen, sie würden «Marxisten, und darum schöpferisch, bleiben». Für sie spielt sich der Klassenkampf heute «im Schosse des Staatsapparates» ab – so ungefähr hätten Sozialdemokraten in den zwanziger oder dreissiger Jahren die Koalitionspolitik ihrer Partei zu rechtfertigen gesucht. «In der Entwicklung des Sozialismus», wird dort gepredigt, als ob es sich um eine ganz neue Erkenntnis handeln würde, «neigt der Staat dazu, seinen Charakter als eines Mittels der Klassenherrschaft einzubüßen, um sich zu einer höheren Form der kollektiven Herrschaft über das ganze soziale Leben zu wandeln. Im Sozialismus werden die Arbeiter entscheiden, während dem Staat die Aufgabe des Organisierens bleibt». Die grösste der in dem Buch ausgesprochenen Ketzerei ist aber, dass es «im heutigen Staat möglich ist, die Macht des Grosskapitals zu unterdrücken».

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, und man darf die Bedeutung einer nur von Intellektuellen gelesenen und überdies nicht partei-offiziösen Publikation, die 253 Seiten lang ist, auf die Massen der Parteimitglieder nicht überschätzen. Aber es scheint sich doch um einen Vorreiter von Parolen kommender Parteitage zu handeln, und es ist interessant, gewissen Parallelen mit der ideologischen Entwicklung im demokratischen Sozialismus nachzuspüren, für den der Staat auch nach 1918 ein bürgerlicher und ein Instrument der herrschenden Klassen war. Lange entzog man sich nicht der suggestiven Kraft der irreführenden Parole:

«Republik, das ist nicht viel.
Sozialismus ist das Ziel.»

Erst viel später sah man im allgemeinen in der Staatsgewalt nicht mehr etwas von Haus aus Feindliches, aber man unterliess in der Mehrzahl der Fälle laute Bekenntnisse zum Staat beziehungsweise rang sich sie fast nur dort und insoweit ab, als die demokratischen Grundlagen des Staates bedroht schienen. Wenn man von der politischen Demokratie sprach, konnte man sich lange Zeit nicht entbrechen, ihr das abfällig gemeinte Beiwort «bürgerlich» anzuhängen. Inzwischen haben demokratische Sozialisten überall erkannt, dass die politische Demokratie weit mehr ist als «nicht viel» und dass sie die unerlässliche Voraussetzung für den Idealzustand darstellt, den sie sich als Sozialismus erträumen. So wenig man in dem Prozess der Anpassung an die Tatsachen des Lebens, den einige kommunistische Parteien durchlaufen – und ausschliesslich solche, die nicht an der Macht sind und daher niemanden unterdrücken kön-

nen –, deren «Sozialdemokratisierung» sehen darf, die nur vorliegen würde, wenn sie eine interne Demokratie einführen (worauf sie aufhören würden, Kommunisten zu sein), so wenig kann man erkennen, dass moderne sozialdemokratische Erkenntnisse übernommen werden, wenn zum Beispiel der Ideologe der französischen KP Jean Ellenstein («Le Monde», 26. Oktober 1975) verkündet, dass «die Demokratie und die Freiheiten nichts bürgerliches sind».

Aber kehren wir zur Antwort von Marchais an Mitterrand zurück, von der wir schon gesagt haben, dass sie sich zur Frage der Mitgliedschaft Portugals in der EG ausschweigt. Direkte Wahlen ins Europäische Parlament werden von den kommunistischen Patentpatrioten als eine «schwere Bedrohung der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität» abgelehnt, und Marchais verkündete laut, die Kommunisten würden sich nie mit derlei Teufelswerk abfinden. (Zehn Tage später verwandelte der gleiche Marchais dieses «niemals» in ein verklausuliertes «ja».) Aber selbst im Zuge des neuerlichen Versuches, gaullistischen Chauvinismus und Isolationismus zu übertrumpfen – also eines Versuches, die Öffentlichkeit über die wahre Natur der kommunistischen Bewegung zu täuschen –, hat es Marchais als notwendig erachtet, eine Art «europäischen Bekenntnisses» abzugeben, das er im Nachsatz wieder abgeschwächt hat:

«... denn wir wollen Europa, ebenso wie irgend jemand anderer, aber ein Europa der Arbeiter und nicht eines des Kapitals, das sich hinter dem Schwärmen für diese Wahl mit allgemeinem Wahlrecht verbirgt.»

Das ist natürlich eine vollkommene und bewusste Entstellung des Sinnes der von François Mitterrand und Willy Brandt betriebenen Wahlen, aber auch eine wie immer vorgetäuschte Begeisterung für ein «Europa der Arbeiter» ist nicht im Einklang mit den von Moskau ausgegebenen Parolen.

Nationalisierung kein Glaubensartikel mehr?

Noch interessanter ist die Arbeit, mit der Marchais auf Mitterrands Formulierungen zum Nationalisierungsproblem reagierte. Zur Frage der «autogestion» blieb er stumm und wiederholte nicht die früher von den Kommunisten ersonnene Ausrede, sie sei «nur möglich im Rahmen einer Gesamtplanung». Aber fast im gleichen Atemzug gab er sich mit gegenständigen Erklärungen kompromisslos in der Verwerfung von Mitterrands Vorstellungen des Erwerbs der Aktienmehrheit durch die öffentliche Hand, weil er diesen ruppigen Ton brauchte, um ein radikales Aufgeben eines anderen kommunistischen Glaubensartikels wohlverpackt anbringen zu können:

«Man muss in dieser Sache klar Stellung beziehen. Entweder man nationalisiert oder man nationalisiert nicht. Es gibt in dieser Frage keinen Mittelweg... Für drei Schlüsselsektoren – Stahl, Automobil-

erzeugung, Benzin – streben wir (Kommunisten) nicht mehr, wie es übrigens seinerzeit im Gemeinsamen Programm vorgesehen war, Staatsbeteiligung vor, sondern Nationalisierung . . . Für uns ist Nationalisierung kein Ziel an sich, sondern ein Mittel, das einzige, durch das eine richtige Politik des sozialen Fortschritts ins Werk gesetzt werden kann.»

Da Kommunisten nie zugeben werden, dass sie etwas anderes als eine Politik des sozialen Fortschritts betreiben, hebt der zweite Teil des letzten Satzes den Sinn des ersten Teils wieder auf. Aber die blosse Erwähnung der Möglichkeit, in Nationalisierung kein Ziel an sich, sondern ein blosses Mittel zu sehen, ist schon ketzerisch, denn das war in den fünfziger und sechziger Jahren das Argument, das Hugh Gaitskell seinen Gegnern innerhalb der Labour Party entgegengehalten hat. Es fragt sich, was die französischen Kommunisten noch abschwören können, um als «salonfähig» anerkannt zu werden.

Die Stalinisten melden sich zum Wort

Von der Tatsache, dass sie in einem freien Land leben, in dem die Kommunisten nicht regieren, profitieren aber auch die französischen Stalinisten, die ihrer dumpfen Empörung über so viel Ketzereien Luft machen können. Sie kommen freilich nicht in der Parteipresse zu Wort sondern müssen das nichtkommunistische Blatt «Le Monde» um Asyl bitten. Dort hat die Witwe des früheren Parteiführers Maurice Thorez, Jeannette Vermeersch (9. April), eine Breitseite scheinbar gegen den Parteiideologen Jean Ellenstein und in Wirklichkeit gegen Marchais abgefeuert, in der es von Lenin-Zitaten wimmelt. Ellenstein wird vorgeworfen, die Politik der Sowjetunion zu verleumden und dadurch Wasser auf die Mühlen der Kalten Krieger (die es natürlich nur ausserhalb des kommunistischen Lagers gibt) zu schleusen. Dieses ritualistische Argument der Bewahrerin der stalinistischen Orthodoxie ist aber weniger interessant als ihre Proteste gegen die Beraubung des Wortes «Demokratie» der herabsetzenden Qualifizierung als «bürgerlich». Anders als sonst in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt:

«Aber selbst mit den in der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und vom Sozialismus zum Kommunismus fälligen Einschränkungen . . . ist die sozialistische Demokratie tausendmal demokratischer für die grosse Masse des Volkes als sogar die ‚freieste‘, die ‚demokratischste‘ der bürgerlichen Republiken.»

Statt solche Weisheiten frei in Frankreich auszusprechen, sollte Jeannette Vermeersch vielleicht doch eher einen tschechischen oder polnischen Kommunisten befragen, ob er das Gefühl hat, in einem Regime der «sozialistischen Demokratie» zu leben, das der freisten unter den bürgerlichen tausendfach überlegen ist. Und wieviele Arbeiter, die sich zur

KP Frankreichs bekennen, dürften ihrer Analyse der dort herrschenden Zustände zustimmen?

«Was die Arbeiter der ‚freien‘ Welt betrifft, haben sie immer die Freiheit, Diener des wenn auch modernen Kapitalismus‘ zu bleiben, mit seinen Begleiterscheinungen des sozialen, physischen und moralischen Elends.»

Wie kann man so an der handgreiflichen Wirklichkeit vorbeiargumentieren?

Wer fürchtet sich vor dem roten Mann?

Dass sich eine politische Partei, die die Wahlen gewinnen will, von solcher Weltfremdheit distanzieren muss, liegt auf der Hand. Aber sind die französischen Kommunisten dadurch allein schon Demokraten oder gar verlässliche Demokraten geworden? Wie immer zuvor, besteht ihre Politik aus der Entstellung aller Sachverhalte, aus Finten und faulen Ausflüchten, aus falschen Vorspiegelungen. Als Organisation sind sie weiter ein autokratisches, undemokratisches Gebilde, das mit dem Stolz darauf, einen «Staat im Staat» zu bilden, also einen Fremdkörper in der demokratischen Gemeinschaft, geradezu paradiert. Wiewohl es interne Demokratie vortäuschen soll, sind Verlautbarungen des «Politischen Büros» der KP Frankreichs wie die folgende geradezu das Gegenteil, nämlich ein Bekenntnis zur gewollten Isoliertheit innerhalb der Nation:

«Das Politische Büro hat die finanzielle Lage des Zentralkomitees geprüft und den Budgetvorschlag für 1977 genehmigt . . . Das Budget der Partei für die Zeit bis zu den Parlamentswahlen war ebenfalls Gegenstand eingehender Prüfung durch das Politische Büro.»

An sich ist es für eine politische Partei eine Selbstverständlichkeit, dass ihre führenden Organe sich auch mit der eigenen finanziellen Situation befassen. Aber die «Genehmigung» eines völlig internen Budgetvorschlags auszuposaunen hat den Zweck, dem Durchschnittsfranzosen zu sagen, dass man es hier mit einer Grossmacht zu tun hat, für die nur ihre eigenen Gesetze gelten. Es ist bezeichnend, dass man es nicht lassen kann, dieser Tendenz auch in einem Zeitpunkt zu frönen, in dem die ganze politische Tätigkeit der Partei darauf hinzielt, der Aussenwelt die Angst vor einem kommunistischen Regierungseintritt zu nehmen.